agah
Landesausländerbeirat

Resolution der hessischen Ausländerbeiräte

Merz‘ Äußerungen kein Ausrutscher, sondern Teil einer bewussten Rhetorik

Wir, die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, verurteilen die jüngsten Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz entschieden. Bei einem öffentlichen Auftritt erklärte Merz im Zusammenhang mit der Migrations- und Abschiebepolitik: *„Wir sind bei der Migration sehr weit … aber wir haben im Stadtbild immer noch dieses Problem.“* Er verknüpfte dabei sinkende Asylzahlen mit der Aussage, es brauche weiterhin umfangreiche Rückführungen, weil im Stadtbild „noch etwas nicht stimme“.

Diese Äußerung war kein Ausrutscher, sondern Teil einer bewussten Rhetorik, die auf Ausgrenzung setzt. Merz sprach nicht über Integrationspolitik, sondern über Menschen, die durch ihr Aussehen, ihre Herkunft oder Religion sichtbar sind. Indem er Migration mit einem angeblichen „Problem im Stadtbild“ gleichsetzt, macht er Bevölkerungsgruppen zu einem Störfaktor und erklärt Vielfalt zur Abweichung. Solche Worte zeichnen ein Bild, in dem Menschen mit Migrationsgeschichte als Bedrohung für Sicherheit und Ordnung erscheinen.

Diese Rhetorik ist Teil einer Reihe gezielter Tabubrüche, mit denen rassistische Stereotype schrittweise normalisiert werden. Bereits zuvor hatte Merz mit Aussagen über „ausreisepflichtige Asylbewerber, die beim Arzt sitzen und sich die Zähne neu machen, während deutsche Bürger keine Termine bekommen“ soziale Spannungen geschürt und Ressentiments bedient. Auch diese Sprache entmenschlicht: Geflüchtete und Migrant*innen werden zu bloßen Abschiebeobjekten degradiert, über die gesprochen wird, statt mit ihnen.

Wer Migration, Stadtbild und Rückführung miteinander vermischt, zeichnet das Zerrbild einer Gesellschaft, in der Vielfalt als Gefahr gilt. Damit bedient Merz die Narrative der extremen Rechten und verschiebt die Grenzen des Sagbaren weiter nach rechts. Die politische Folge ist eindeutig. Wer mit solchen Bildern spielt, stärkt die AfD und schwächt die Demokratie. Merz hatte angekündigt, die AfD zu halbieren. Tatsächlich hat er mit dieser Rhetorik das Gegenteil erreicht, sie hat sich verdoppelt.

Wer rechtsextreme Narrative übernimmt, legitimiert die Gewalt gegenüber Menschen, die vermeintlich nicht dazugehören. Dies bereitet den Nährboden für den nächsten Gewaltexzess, wie zuletzt in Hanau. Aus Worten werden Haltungen, aus Haltungen Handlungen, und schließlich Taten.

Die agah und die kommunalen Ausländerbeiräte warnen entschieden vor dieser fortschreitenden Normalisierung rassistischer Diskurse. Wenn führende Politiker*innen sich einer Sprache bedienen, die Zugehörigkeit infrage stellt, beschädigen sie das Fundament unseres Zusammenlebens. Politische Verantwortung heißt, Brücken zu bauen und Realitäten anzuerkennen. Diese Realität ist, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.

Die agah und die kommunalen Ausländerbeiräte rufen alle demokratischen Kräfte auf, der sprachlichen Verschiebung nach rechts und der Verrohung entschlossen entgegenzutreten.

Sprache prägt Bewusstsein, und wer diskriminierende Bilder unwidersprochen lässt, trägt dazu bei, dass Rassismus salonfähig wird.

Verabschiedet von der agah Plenarsitzung am 15.11.2025 in Rüsselsheim.